

Work N' Lunch – Griechenland – wie geht's weiter?, 28.Mai 2015, Villa Horion Düsseldorf

Während die griechische Wirtschaftsleistung in den Jahren 2008-2014 um rund ein Viertel zurückgegangen ist und die Jugendarbeitslosigkeit auf etwa 60 % anstieg, verhandelt die neue griechische Regierung seit dem Frühjahr 2015 in Brüssel intensiv mit der Eurogruppe über weitere finanzielle Hilfen und ein Ende der von außen diskutierten Austeritätspolitik. Dabei schließen die Diskussionen mit den Geldgebern einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Eurozone nicht aus.

„Griechenland – wie geht's weiter?“ war das Thema der Auftaktveranstaltung der neuen Veranstaltungsreihe „Work N' Lunch“, zu der das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung am 28. Mai in Düsseldorf in Villa Horion einlud. Mit dem neuen Format „Work N' Lunch“ möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung einen Beitrag leisten, die internationale Arbeit der Stiftung für das Inland stärker zu erschließen und die gesellschaftspolitische Situation im europäischen Ausland mit Expert_innen aus dem In- und Ausland zu diskutieren. Mit regem Interesse begleiteten ein europapolitischer Kreis von Entscheidungsträger_innen aus Politik und Wirtschaft, darunter auch der griechische Generalkonsul aus Düsseldorf Grigorios Delavekouras, die Auftaktveranstaltung. Als Referent_innen waren Die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Angelica Schwall-Düren und Dr. Jens Bastian, freier Wirtschaftsberater aus Griechenland zu Gast.

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren unterstrich in ihrem Impulsstatement, dass die finanziellen Hilfen, die das Land von der EU und dem IWF erhielt, nicht dem griechischen Volk zugutegekommen seien, sondern den privaten Gläubigern. In diesem Kontext sei auch klar, dass man Griechenland jetzt nicht fallen lassen könne. Weiter führte sie an, dass sowohl die diktierte Sparpolitik, als auch die notwendigen Strukturreformen falsch angegangen worden seien und Lohnkürzungen, Rentenkürzungen und der Rückgang der Sozialleistungen nicht der richtige Ansatz seien. Sie verwies auf die lang anhaltende schlechte Lage der Wirtschaft, die trotz der Sparmaßnahmen immer noch nicht wieder auf die Beine gekommen sei und dass der Schuldenstand weiter ansteige.



Weiter forderte die Ministerin den „provinziellen Egozentrismus“, der derzeit den öffentlichen Diskurs präge, zu begraben und ermahnte die europäischen Staaten den griechischen Partnern in den laufenden Verhandlungen auf Augenhöhe zu begegnen, sie stellte aber auch die kritische Frage, ob die griechische Regierung nicht zu viel pokere. Jetzt wären pragmatische Lösungen gefragt, da Endzeitstimmung des möglichen Euro-Austritts über dem Land läge und derzeit alle Kräfte und Initiativen für wirtschaftliches Wachstum erdrücke.

Dr. Jens Bastian, ehemaliges Mitglied der Task Force for Greece der Europäischen Kommission und freier Wirtschaftsberater in Athen skizzierte in seinem Vortrag die aktuellen Entwicklungen und arbeitete präzise heraus, dass die Schwierigkeiten der Verhandlungsführung schon in der Tatsache bestünde, dass die regierungstragende Syriza den europäischen Kontext bisher nur unzureichend kannte, auf der anderen Seite die europäischen Verhandlungspartner Syriza ebenfalls nicht kenne und die Debatte sehr ideologisch geprägt sei. So ginge es nicht primär um Geld, sondern darum wie

im europäischen Kontext zusammengearbeitet werde und zunehmend Vertrauen auf beiden Seiten verloren gehe.



Weiter unterstrich Bastian, der seit 18 Jahren in Athen lebt, dass aufgrund der verheerenden sozialen Lage dringend eine Lösung gefunden werden müsse. So leben nach der aktuellen OECD-Studie mehr als ein Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, da nur eine extrem kurze und niedrige Arbeitslosenunterstützung existiere. Darüber wachse aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit eine verlorene Generation heran, die nach der Schule keine Perspektive sähe. Es fehle nicht an Qualifikation, Kreativität oder Risikobereitschaft. Im Gegenteil, es gebe durchaus junge Unternehmer und durchaus eine Gründerszene, dennoch fehlen im Großen und Ganzen die Finanzierungsmöglichkeiten für deren Ideen und Projekte, was dazu führe, dass immer mehr junge Leute das Land verlassen.

Im Anschluss eröffnete Petra Wilke, Leiterin des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung die Diskussionsrunde. Mit Bezug auf das deutsch-griechische Verhältnis wurde angemerkt, dass die Beziehungen in Europa zunehmend durch einen rauen Ton gefährdet werden, zu dem die Finanzminister Schäuble und Varoufakis einen nicht unerheblichen Beitrag leisten. So wäre es eine Überlegung wert, Diplomaten oder Vermittler einzuschalten, um einen Verhandlungsdurchbruch zu erzielen. Weiter kam die Frage nach sozialen Mindeststandards in der EU auf, die unabhängig von der finanziellen Lage eines Landes gelten sollten auf. Darüber hinaus wurde die berühmte Schulfrage gestellt. Jens Bastian stellte klar: „Schuld sind die politischen Eliten, aber lösen soll es nun der Staat!“ und fügte hinzu, dass das deutsch-griechische Verhältnis nur auf der Ebene der politischen Eliten belastet sei, in allen anderen gesellschaftlichen Teilen jedoch nicht. Dazu warb er um Verständnis für die griechische Bevölkerung, die nun seit fast 6 Jahren im Mittelpunkt der Eurokrise leben würden und denen schon einiges abverlangt wurde.

Im Anschluss eröffnete Petra Wilke, Leiterin des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung die Diskussionsrunde. Mit Bezug auf das deutsch-griechische Verhältnis wurde angemerkt, dass die Beziehungen in Europa zunehmend durch einen rauen Ton gefährdet werden, zu dem die Finanzminister Schäuble und Varoufakis einen nicht unerheblichen Beitrag leisten. So wäre es eine Überlegung wert, Diplomaten oder Vermittler einzuschalten, um einen Verhandlungsdurchbruch zu erzielen. Weiter kam die Frage nach sozialen Mindeststandards in der EU auf, die unabhängig von der finanziellen Lage eines Landes gelten sollten auf. Darüber hinaus wurde die berühmte Schulfrage gestellt. Jens Bastian stellte klar: „Schuld sind die politischen Eliten, aber lösen soll es nun der Staat!“ und fügte hinzu, dass das deutsch-griechische Verhältnis nur auf der Ebene der politischen Eliten belastet sei, in allen anderen gesellschaftlichen Teilen jedoch nicht. Dazu warb er um Verständnis für die griechische Bevölkerung, die nun seit fast 6 Jahren im Mittelpunkt der Eurokrise leben würden und denen schon einiges abverlangt wurde.



Die Ministerin Dr. Schwall Düren unterstrich noch einmal, wie wichtig Respekt, Solidarität und ein verantwortungsvoller Umgang mit der Situation sei und dass ein Griechenland außerhalb der Eurozone nicht im deutschen Interesse sein könne. Es bleibt abzuwarten, wie sowohl sich die Situation in Griechenland, als auch die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Eurogruppe entwickeln.

Text: Damian Jordan